

Brasilien: Der Kandidat und die Kartelle

Von RALF WILLINGER

Ende Oktober vergangenen Jahres starben bei einer Polizeioperation in zwei Armenvierteln der Sechsmillionen-Metropole Rio de Janeiro über 120 Menschen, darunter vier Polizisten – es war der bis dato tödlichste Polizeieinsatz in der Geschichte Brasiliens. Zeugen zufolge sollen zahlreiche der Opfer unbewaffnet gewesen sein, viele sollen aus nächster Nähe durch Genick- oder Kopfschüsse getötet worden sein und waren vorher nie polizeilich in Erscheinung getreten. Das Ziel der Operation, einer der Hauptanführer des Verbrechersyndikats Comando Vermelho (Rotes Kommando), aber konnte entkommen.

Regelmäßig kommt es in den Armenvierteln von Rio de Janeiro, São Paulo, Salvador und vielen anderen brasilianischen Gemeinden und Städten bei der Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung zu brutalen Polizeioperationen und Massakern. Der für diese Operation verantwortliche damalige Gouverneur von Rio de Janeiro, Claudio Castro vom rechten Partido Liberal, und andere rechtsgerichtete Politiker propagieren offen die Devise »nur ein toter Bandit ist ein guter Bandit«. In Castros rund fünfjähriger Amtszeit als Gouverneur wurden in Rio de Janeiro über 6000 Menschen von der Polizei getötet, etwa drei jeden Tag. Politisch war er für Dutzende von Massakern infolge von Polizeioperationen verantwortlich, darunter die vier tödlichsten Polizeieinsätze der jüngeren brasilianischen Geschichte, die er als Erfolge feierte.

Immer unterstützend an seiner Seite befand sich dabei sein enger Freund aus

Jugendtagen und Parteikollege, der 45-jährige Flávio Bolsonaro. Er ist der Sohn des rechtsextremen Ex-Präsidenten Jair Bolsonaro, seit 2019 Senator in Rio de Janeiro und seit Dezember Kandidat für die brasilianische Präsidentschaftswahl Anfang Oktober – und damit der aussichtsreichste Herausforderer des Amtsinhabers Luis Inácio »Lula« da Silva von der Arbeiterpartei PT, der mit seinen 80 Jahren im Oktober erneut für das Präsidentenamt kandidiert.

Sowohl Castro als auch Bolsonaro inszenieren sich als unachgiebige Kämpfer für Recht und Ordnung – dabei waren beide in diverse Korruptions- und Justizskandale verwickelt und haben staatsanwaltlich belegte Verbindungen zur organisierten Kriminalität.¹ So ist ein kürzlich festgenommener Abgeordneter und enger politischer Verbündeter von Castro aus Rio der Bundesgeneralstaatsanwaltschaft zufolge »ein wichtiges Mitglied des »Comando Vermelho« – ebenjener Organisation, die vorgeblich das Ziel des tödlichen Polizeieinsatzes vom Oktober gewesen ist.

Das Comando Vermelho aus Rio de Janeiro ist nach dem »Ersten Kommando der Hauptstadt« (Primeiro Comando da Capital, PCC) aus São Paulo die zweitgrößte kriminelle Organisation Brasiliens. Beide Kartelle wurden vor einigen Jahr-

RALF WILLINGER,
geb. 1970, ist Journalist,
Mediator und Referent für
Kinderrechte beim inter-
nationalen Kinderhilfs-
werk Terre des Hommes.

¹ João Filho, Extrema direita usa chacina de Castro para tentar recuperar força eleitoral, *intercept.com.br*, 1.11.2025.

zehnten in brasilianischen Gefängnissen gegründet und sind anfangs vor allem durch den Handel mit Waffen und Drogen bis nach Europa gewachsen, inzwischen agieren sie zunehmend global und geschäftlich diversifiziert.

Kandidat mit Kontakt zu Kriminellen

Auch Präsidentschaftskandidat Flávio Bolsonaro hat laut Staatsanwaltschaft Verbindungen zu illegalen bewaffneten Milizen, die in Drogen- und Waffenhandel involviert sind. So waren die Ehefrau und die Mutter von Adriano Magalhães da Nóbrega, des Chefs der Miliz »Escritório do Crime« (»Büro des Verbrechens«), bis 2018 im Abgeordnetenbüro von Bolsonaro angestellt. Nóbrega und seine Miliz waren laut Staatsanwaltschaft auch an der Ermordung der linken Abgeordneten Marielle Franco, einer politischen Gegnerin Bolsonaros, in Rio de Janeiro 2018 beteiligt.

Beide Politiker sind zudem in den sogenannten Banco-Master-Skandal verwickelt, einen der größten Finanz- und Korruptionsskandale der jüngeren brasilianischen Geschichte. Gegen das inzwischen von der Zentralbank liquidierte Finanzinstitut und dessen ehemaligen Eigentümer Daniel Vorcaro wird wegen mutmaßlicher Geldwäsche, Korruption, Marktmanipulation und betrügerischer Finanzgeschäfte ermittelt. Vorcaro ist wie Castro ein langjähriger Freund Flávio Bolsonaros, der von ihm Millionenbeträge für politische Gefälligkeiten gefordert haben soll.

»Rio de Janeiro ist der Bundesstaat in Brasilien, in dem Polizei, Politik und Behörden am stärksten vom organisierten Verbrechen unterwandert sind«, sagt Roberto Uchoa, der 25 Jahre Polizist in Rio war und heute an der Universität Coimbra in Portugal zu öffentlicher Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung forscht. »Ich fürchte, wenn Bolsonaro die Wahl gewinnen sollte, dann wird er ganz Brasilien in ein großes Rio de Janeiro verwandeln«.

Trotz dieser öffentlich bekannten Verwicklungen lag Bolsonaro in den Umfragen zur Präsidentschaftswahl zeitwei-

se gleichauf mit Amtsinhaber Lula. Denn Sicherheit ist laut Umfragen die größte Sorge der Brasilianer:innen - noch vor Wirtschaft und Korruption. Bolsonaro verspricht einfache Lösungen: Er plädiert für die »Neutralisierung« (Tötung) von Kriminellen, die sich ihrer Festnahme widersetzen, für höhere Haftstrafen, den Bau von mehr Gefängnissen und die Erweiterung der Straffreiheit von Polizist:innen bei tödlichen Schusseinsätzen.

Es sind Rezepte, die in Rio seit langem erfolglos angewendet werden. Die Forschungsgruppe GENI von der staatlichen Universität Fluminense aus Rio de Janeiro bezeichnet 85 Prozent der Polizeioperationen in Rio als wenig effizient, ineffizient oder sogar desaströs. Die organisierte Kriminalität in Rio wird seit Jahren stärker und breitet sich landesweit wie international aus. »Operationen wie die in Rio vom Oktober sind politische Inszenierungen«, sagt auch Uchoa. »Die Regierenden sind unfähig, die Probleme bei der öffentlichen Sicherheit zu lösen, es herrscht weitgehende Strafflosigkeit. Also sagen sie sich: Ich muss etwas tun, das so aussieht, als ob es Sicherheit schafft, eine große Operation, wie eine militärische Invasion, mit Pyrotechnik, Panzern und Hubschraubern, mit vielen Toten und beschlagnahmten Waffen, neben denen ich mich fotografieren lasse. Und der Chef der Polizei denkt genauso, weil er Abgeordneter werden will, und der Batallionschef der Polizei ebenso, weil er befördert werden will.«

Proteste mit blutroter Farbe

Die Gewalteskalation Ende Oktober führte zu landesweiten Protesten: In einem gemeinsamen Brief haben 30 Organisationen der Zivilgesellschaft den unrechtmäßigen Einsatz tödlicher Polizeigewalt scharf kritisiert. Tausende sind in Rio und in über zwanzig weiteren Städten auf die Straße gegangen, haben mit blutrot verschmierten Nationalflaggen demonstriert gegen »den Staat, der tötet, der Genozid begeht«, wie es in Rot auf vielen Fahnen und Transparenten geschrieben stand.

Denn 82 Prozent der insgesamt 6519 Opfer von Polizeigewalt im vergangenen Jahr² waren Afrobrasilianer:innen³, die in Brasilien mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, 99 Prozent Männer, über 50 Prozent unter 24-Jährige, die allermeisten arm - kurzum: Wer schwarz, männlich, jung und arm ist, lebt besonders gefährlich. Diese Zahlen zeigen den Rassismus der staatlichen Gewalt. Der sogenannte Krieg gegen die Drogen ist vor allem ein Krieg gegen die Armen - denn tödliche Polizeioperationen finden ausschließlich in Armenvierteln statt. Die brasilianische Polizei inklusive der Militärpolizei ist eine der gewalttätigsten weltweit, sie tötet täglich durchschnittlich 18 Menschen.

Viele Demonstrierende fordern juristische Konsequenzen für Ex-Gouverneur Castro und weitere Verantwortliche. Auch die Vereinten Nationen, die brasilianische Zivilgesellschaft und Justiz sowie Präsident Lula und seine Regierung kritisieren die brutale Gewalteskalation und fordern Aufklärung. Diese aber wird durch gravierende Ermittlungsfehler der Kriminalpolizei bei der Sicherung der Tatorte behindert, Konsequenzen für Verantwortliche in Polizei und Politik wurden bisher nicht gezogen. Die Regierung Lula, die über die tödliche Polizeioperation in Rio von der dortigen Regierung nicht vorab informiert worden war, erließ mittlerweile allerdings ein neues Bundesgesetz zur Bekämpfung krimineller Banden und brachte eine Verfassungsreform auf den Weg, um die Sicherheitsbehörden von Kommunen, Bundesstaaten und dem Bund enger zu verzahnen und Gewaltexzesse künftig zu verhindern.

Glückwünsche aus den USA

Die US-amerikanische Drogenbekämpfungsbehörde DEA hingegen gratulierte Castros Leuten nach dem tödlichen Mord an Saker im Oktober zur »bewundernswerten

ten, unermüdlichen Arbeit zur Verteidigung der öffentlichen Sicherheit«. Zudem bot sie »jede Unterstützung« an - nur wenige Tage zuvor hatte Flávio Bolsonaro die Vereinigten Staaten aufgefordert, wie in der Karibik und im Pazifik auch in der Guanabara-Bucht von Rio de Janeiro Boote zur Drogenbekämpfung anzugreifen.

Ende Mai forderte Flávio Bolsonaro die USA dann bei seinem Besuch in Washington auf, das Comando Vermelho und das PCC als »Narcoterroristen« auf die US-amerikanische Liste ausländischer Terrororganisationen zu setzen, was Trump kurz darauf gegen den Willen der brasilianischen Regierung tat. Präsident Lula kritisierte dies scharf, er befürchtet eine militärische Intervention der USA unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung.

Auch der rechte Gouverneur von São Paulo, Tarcísio de Freitas, ein früherer Minister der Regierung Jaír Bolsonaros, setzt bei der Kriminalitätsbekämpfung auf exzessive Gewalt - innerhalb von zwei Jahren stiegen die Todesfälle infolge von Poli-

»Der sogenannte Krieg gegen die Drogen ist vor allem ein Krieg gegen die Armen.«

zeigewalt in dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich bedeutendsten Bundesstaat Brasiliens um 66 Prozent, von 504 auf 835 Fälle an, damit belegt São Paulo landesweit Platz zwei hinter Bahia und vor Rio. Minderjährige werden bei Verhaftungen hier fast doppelt so oft getötet wie Erwachsene. Zu ihnen zählt auch der 16-jährige Juan. Er wurde 2020 von einem Polizisten zu Hause erschossen, als er mit seinen jüngeren Geschwistern zu Abend aß. Trotz eindeutiger Zeugenaussagen blieb der tatverdächtige Polizist bis heute im Dienst und musste sich bisher nicht vor Gericht verantworten. Die meisten solcher Fälle von Polizeigewalt werden juristisch nicht verfolgt. Dass dieser

2 Anuário Brasileiro de Segurança Pública, forum-seguranca.org.br, 2025.

3 Darunter werden diejenigen verstanden, die sich als schwarz oder »gemischt« (pardo) bezeichnen.

Fall 2026 dennoch vor Gericht kommen soll, hat mit den zahlreichen Protesten und einer relativ hohen öffentlichen Aufmerksamkeit zu tun, auch im Ausland.

Eine Studie von Terre des Hommes und des brasilianischen Forschungsinstituts Sou da Paz belegt, dass bei schweren Menschenrechtsverletzungen auch deut-

sind. Der Drogenhandel nimmt weiter zu, kriminelle Banden wachsen.

Erfolge brachten laut Uchoa hingegen andere Mittel: In brasilianischen Bundesstaaten wie Pernambuco sank die Kriminalität stark, nachdem in gewaltbetroffenen Vierteln dauerhaft lokale Polizeieinheiten stationiert, Sozialarbeiter eingesetzt und öffentliche Dienstleistungen wie die Gesundheitsversorgung und Bildungseinrichtungen für junge Menschen ausgebaut worden waren.

Ebenfalls erfolgreich war 2025 ein von brasilianischen Bundesbehörden geführter Schlag gegen die organisierte Kriminalität in São Paulos hippestem Geschäftsviertel Faria Lima. Dabei wurden Belege für Steuerhinterziehung in Höhe von 1,2 Mrd. Euro und Vermögenswerte in Höhe von 500 Mio. Euro der größten kriminellen Organisation Brasiliens, des PCC, beschlagnahmt, ohne dass ein einziger Schuss fiel.

»Diese Operation gegen die Finanzgeschäfte des PCC, das in 28 Ländern aktiv ist, auch in Europa, hat das Kartell hart getroffen. Es zeigt, was möglich ist, wenn staatliche Behörden an einem Strang ziehen«, sagt Uchoa. »Man muss die Quellen der Macht der organisierten Kriminalität trockenlegen: die Finanzströme, die Versorgung mit Waffen und die Kontrolle über Territorien für Drogentransport und -verkauf - ermöglicht durch die Korruption staatlicher Behörden. Organisierte Kriminalität gibt es nur, wenn staatliche Beamte wegschauen oder mitmachen, der Staat ist immer Teil des Problems. Wenn man dagegen konsequent vorgeht, kann man die kriminellen Organisationen erfolgreich bekämpfen.«

Fest steht: Die Wahl im Oktober entscheidet mit darüber, welchen Weg Brasilien bei der Kriminalitätsbekämpfung einschlagen wird. Während Lula ihre Einnahmequellen trockenlegen will, setzt sein rechter Herausforderer Bolsonaro auf Gewalteskalation - trotz - oder gerade wegen - seiner eigenen Verstrickungen in die Unterwelt des organisierten Verbrechens. ◻

»Die Wahl im Oktober entscheidet mit darüber, welchen Weg Brasilien bei der Kriminalitätsbekämpfung einschlagen wird.«

sche Rüstungsgüter zum Einsatz kamen, darunter Airbus-Hubschrauber und Schusswaffen von Heckler & Koch, SIG Sauer und Walther.⁴ Gemäß völkerrechtlichen Verpflichtungen wie dem Waffenhandelsvertrag und dem Gemeinsamen Standpunkt der EU für Waffenexporte dürfte Brasilien aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär keine deutschen Rüstungsgüter erhalten. Seit 2022 bis Mitte 2025 hat die Bundesregierung dennoch Rüstungsexporte im Wert von zusammen 272 Mio. Euro an Brasilien genehmigt, darunter Teile für Helikopter und gepanzerte Fahrzeuge, Schusswaffen und Munition, die auch bei Polizeioperationen in Armenvierteln wie der in Rio eingesetzt werden. Auch die Bundesregierung hätte also Mittel, um Druck auszuüben. Doch dieser bleibt bislang aus.

Unterdessen verschlingt der »Krieg gegen die Drogen« in Brasilien und anderen Ländern seit Jahrzehnten immense Summen, bleibt aber weitgehend erfolglos - was wohl auch damit zusammenhängt, dass die, die ihn führen, teils selbst in das organisierte Verbrechen verstrickt

4 Hört auf, uns zu töten! Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche in Brasilien und Waffenhandel, tdh.de, 2021.